

# Vision für 2010

von Dieter Höntsch

**Die Stadt Dresden setzt E-Government mit einem Strategiekonzept um. Begleitendes Qualitätsmanagement, ein an Zielgruppeninteressen ausgerichtetes Marketing und die Einbeziehung von Führungskräften und Mitarbeitern werden dabei als Erfolgsfaktoren angesehen.**

**D**er bisherige Weg Dresdens in das Internet-Zeitalter ähnelt dem vieler anderer deutscher Großstädte. 1995 waren erstmals Informationen zur Stadt online abrufbar, zunächst noch unter dem Dach der Dresdner Technischen Universität. Auf eigenen Füßen stand [www.dresden.de](http://www.dresden.de) dann 1997. Der erste online verfügbare Stadt- und Luftbildplan entstand 1999. Weitere Meilensteine waren die Einführung eines Redaktionssystems 2001, das Angebot eines Newsletters und die Abrufbarkeit von Formularen 2002.

Während der Jahrhundertflut 2002 war der städtische Internet-Auftritt eine besonders gefragte Informationsquelle. Als Vorteil erwies sich die Tatsache, dass die Informationen aus amtlicher Quelle kamen, zeitnah aktuell gehalten

werden konnten und leicht verständlich waren – wo nötig auch visualisiert. Die Herstellbarkeit des räumlichen Bezuges von Informationen hatte in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung. Besonders aufgrund dieser Erfahrung machten die Dresdner Internet-Akteure die raumbezogene Informationsbereitstellung zum Entwicklungsschwerpunkt. Grundlage wurde das Konzept des interaktiven Themenstadtplanes, das vor allem auf Initiative des städtischen Umweltamtes in Kooperation mit der Hochschule Zittau/Görlitz entwickelt und umgesetzt wurde. Im Jahr 2004 ging der interaktive Themenstadtplan online, zunächst mit den Schwerpunkten Umwelt und Tourismus. Inzwischen dient er als Informationsquelle für zahlreiche städtische Themen.

Auch der Internet-Auftritt insgesamt wurde weiterentwickelt. Es wurden Online-Anwendungen integriert, jedoch nur soweit, wie sich dafür auch ein Nutzerkreis finden ließ. Bei der Bereitstellung dieser Anwendungen orientiert sich Dresden nicht nur an den gängigen Standards, sondern auch an Entwicklungen im Freistaat Sachsen. Unter anderem werden E-Government-Basiskomponenten wie der Formularservice und der Zuständigkeitsfinder des Landes genutzt.

Grundlage für die Einführung von Online-Anwendungen war in den vergangenen Jahren die aus dem Jahr 2001 stammende Rahmenkonzeption Online-Rathaus. Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen fiel Ende 2006 die Entscheidung für die Entwicklung



Dresden will Beteiligungsprozesse in der Stadt- und Verkehrsplanung künftig online unterstützen.

einer E-Government-Strategie mit Gültigkeit bis 2010. Das Ergebnis der konzeptionellen Arbeit, in die zahlreiche Ämter der Stadt und die Firma syncwork einbezogen waren: Dresden will E-Government künftig als einen wesentlichen Aspekt kommunaler Verwaltungsentwicklung verstehen. Schwerpunkt ist ein kooperatives Arbeiten in organisatorisch und technisch vernetzten Strukturen unter Einbeziehung der Zielgruppen des jeweiligen Verwaltungshandelns. Ausgegangen wird von grundlegenden Zielstellungen der Stadt wie gemeinwohlverpflichtete und zukunftsfähige Stadtverwaltung, attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort sowie demokratische Kultur und bürgerschaftliches Engagement.

Als Erfolgsfaktoren für E-Government werden nicht nur die anforderungsgerechte Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien gesehen, sondern auch ein begleitendes Qualitätsmanagement, ein an den Zielgruppeninteressen ausgerichtetes Marketing sowie die enge Einbeziehung der Führungskräfte und Mitarbeiter. Ein E-Government-Organisationskonzept beschreibt die Einbindung der Führungskräfte sowie die Strukturierung der Arbeitsebene.

Unter Berücksichtigung von Trends und Handlungszwängen entstand im Rahmen der Konzeptentwicklung für den Betrachtungszeitraum eine Rahmenplanung. Im Mittelpunkt der zukünftigen E-Government-Einführung in Dresden stehen Projekte wie Online-Unterstützung von Beteiligungsprozessen in der Stadt- und Verkehrsplanung, IT-gestützte Vergabe und elektronische Signatur. Bei der Auswahl

der Rahmenprojekte ließen sich die Akteure zum Beispiel von folgender Vision für 2010 leiten: Bürger und Organisationen der Stadt werden noch intensiver über Planungsprozesse informiert. Rechtlich vorgeschriebene Beteiligungen der Öffentlichkeit an solchen Planungen können vollständig elektronisch abgewickelt werden.

Im Jahr 2010 sollen in Dresden Methoden wie elektronische Signatur, E-Payment und E-Vergabe grundlegend in der Verwaltung eingeführt sein. Durch eine systematische Optimierung der Verwaltungsprozesse soll sichergestellt werden, dass nicht nur die Nutzer städtischer Online-Angebote davon profitieren, sondern auch die Verwaltung selbst. Mittelfristig sollen Kosten eingespart und Überlastungen von Mitarbeitern abgebaut werden.

Erschwert wird die E-Government-Einführung vor allem durch fehlende oder schwer erfüllbare rechtliche Voraussetzungen und nicht gegebene kostengünstige Zugänge zu den benötigten Technologien für die Bevölkerung. Außerdem müssen die Mitarbeiter für die Umsetzung der erforderlichen Veränderungen in den Verwaltungsprozessen gewonnen werden. Wie erfolgreich E-Government in den Rathäusern eingeführt werden kann, wird aber auch davon abhängen, wie entschlossen sich die Entscheidungsträger in den Verwaltungen für dieses Thema engagieren – nicht nur in den Kommunen, sondern über alle Verwaltungsebenen hinweg.

*Dr. Dieter Höntsch ist Abteilungsleiter für Strategie und Organisation im Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen der Stadt Dresden.*